

Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform)

Fragen und Antworten zur Position von GastroSuisse

Weshalb braucht es eine Reform der beruflichen Vorsorge?

In der zweiten Säule entsprechen die gesetzlichen Grundlagen nicht mehr den heutigen Realitäten. Das tiefe Zinsniveau und die gestiegene Lebenserwartung belasten die finanzielle Stabilität der Pensionskassen. Der Mindestumwandlungssatz bestimmt die zu bezahlenden Renten und ist heute zu hoch angesetzt. Der Umwandlungssatz muss rasch gesenkt werden. Ansonsten wird die berufliche Vorsorge weiter in Schieflage geraten.

Welche Reformvorschläge stehen zur Diskussion?

Im Dezember 2019 hat der Bundesrat seinen Reformvorschlag in die Vernehmlassung geschickt. Die Vorlage des Bundesrats basiert auf dem Sozialpartner-Modell, das die Gewerkschaften und der Schweizerische Arbeitgeberverband im Auftrag des Bundesrates entworfen haben. Zunächst beteiligte sich der Schweizerische Gewerbeverband (sgv) an den Gesprächen. Später beschloss der sgv jedoch, sich dem Sozialpartner-Modell nicht anzuschliessen. Stattdessen präsentierte er dem Bundesrat einen eigenen Vorschlag. Zudem hat eine Allianz aus dem Schweizerischen Baumeisterverband, Swiss Retail Federation und Arbeitgeber Banken einen «Mittelweg» erarbeitet. Der Vorstand von GastroSuisse hat am 04. Februar die drei Modelle geprüft und sich für den vernünftigen «Mittelweg» entschieden.

Weshalb unterstützt GastroSuisse den «Mittelweg»?

Im Vergleich zum Sozialpartner-Modell ist der «Mittelweg» wesentlich kostengünstiger für das Gastgewerbe. Zudem sieht der Vorschlag der Sozialpartner einen lebenslangen Rentenzuschlag nach dem Giesskannenprinzip vor, der mittels zusätzlichen Lohnbeiträgen finanziert werden soll. Damit würde das Sozialpartner-Modell eine systemfremde Umverteilung in der beruflichen Vorsorge einführen und das bewährte 3-Säulen-Prinzip in Frage stellen. Dazu kommt, dass der Vorschlag der Sozialpartner den Koordinationsabzug halbieren will. Dies würde das Gastgewerbe überdurchschnittlich belasten. Der «Mittelweg» verzichtet auf eine dauerhafte Umverteilung in der zweiten Säule und reduziert den Koordinationsabzug weniger drastisch.

Das Modell des Gewerbeverbands ist zwar leicht kostengünstiger als der «Mittelweg». Es verfehlt jedoch wichtige politische Ziele und ist deshalb kaum mehrheitsfähig. Es ist fraglich, ob dieser Vorschlag das heutige Rentenniveau halten kann. Zudem zahlen die 55- bis 64-Jährigen weiterhin höhere Beiträge als die jüngeren Jahrgänge und bleiben dadurch auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Der Vorschlag des sgv stellt eine Extremvariante dar. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass das Parlament diesem Modell zustimmen wird. Ohne eine mehrheitsfähige Alternative wird sich das teure Sozialpartner-Modell durchsetzen. Der «Mittelweg» trägt allen Reformzielen Rechnung, ohne das Gastgewerbe unverhältnismässig zu belasten. Ausserdem ist er ausgewogen und berücksichtigt die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermassen. Aus diesem Grund kann nur der vernünftige «Mittelweg» das Sozialpartner-Modell verhindern.

Wie viel kostet der «Mittelweg» dem Gastgewerbe?

Gemäss Berechnungen von GastroSocial führt der «Mittelweg» im Gastgewerbe zu jährlichen Mehrkosten von 98 Millionen Franken, die zur Hälfte durch die Arbeitgeber zu finanzieren sind. Die Pensionskassen tragen zusätzliche Mehrkosten für die Finanzierung der Übergangsgeneration. Mit jährlichen Mehrkosten von 172 Millionen Franken wäre das Sozialpartner-Modell wesentlich teurer.

Das sgv-Modell ist zwar leicht kostengünstiger (43 Mio.) als der «Mittelweg». Allerdings ist er politisch chancenlos. Deshalb hat der Gewerbeverband Kompromissbereitschaft beim Koordinationsabzug signalisiert. In der Folge werden die Mehrkosten des sgv-Modells steigen.

Welchen Einfluss hat der Koordinationsabzug auf die Kosten im Gastgewerbe?

Der Koordinationsabzug bestimmt den versicherten Lohn. Grundsätzlich gilt: Je tiefer der Koordinationsabzug, desto höhere Beiträge müssen die Arbeitgeber und Angestellten bezahlen. Das Modell der Sozialpartner will den Koordinationsabzug halbieren und damit drastisch senken. Dies würde insbesondere die Beiträge für Teilzeitbeschäftigte und tiefe Löhne massiv erhöhen. Gewerbebranchen, wie etwa das Gastgewerbe, wären die Leidtragenden. Der «Mittelweg» reduziert den Koordinationsabzug weniger stark und ist deshalb verträglicher für KMU. Das Gastgewerbe müsste nach dem Sozialpartner-Modell für einen Mitarbeitenden mit einem monatlichen Bruttolohn von 4'000 Franken jährlich 1'087 Franken mehr bezahlen als heute. Der «Mittelweg» führt im Niedriglohnbereich zu wesentlich tieferen Mehrkosten (+ 598 Franken pro Mitarbeiter).

Der Vorschlag des Gewerbeverbands will den Koordinationsabzug auf dem heutigen Niveau belassen. Dies würde zwar die Mehrkosten reduzieren, wäre aber politisch kaum mehrheitsfähig. Denn die Politik möchte Teilzeitbeschäftigte und tiefe Löhne künftig besser versichern. Deshalb hat der Gewerbeverband Kompromissbereitschaft beim Koordinationsabzug signalisiert. Es muss also auch beim sgv-Modell damit gerechnet werden, dass der Koordinationsabzug gesenkt wird.

Weshalb möchte der «Mittelweg» den Sparprozess bereits ab dem 20. Altersjahr einführen?

Heute sind Arbeitnehmende in der BVG erst ab dem 25. Altersjahr für die Altersvorsorge versichert. Davor müssen keine Beiträge für die Altersrente bezahlt werden. Das Sozialpartner-Modell und der Vorschlag des Gewerbeverbands möchten an dieser Regelung festhalten. Hingegen will der «Mittelweg», dass Arbeitnehmende bereits ab dem 20. Altersjahr in die Pensionskasse einbezahlen und für ihre BVG-Rente sparen. Dies ist ein wichtiges Element, um die Renten von zukünftigen Generationen nachhaltig zu sichern – ohne teure Rentenzuschläge nach dem Giesskannenprinzip. Zudem trägt das frühere Sparen dazu bei, dass zukünftige Generationen von Rentenkürzungen und hohen zusätzlichen Beiträgen verschont bleiben.

Weshalb sieht GastroSuisse bei der Kompensation der Übergangsgeneration Klärungsbedarf?

Der «Mittelweg» sieht vor, dass die Pensionskassen die Kompensation der Übergangsgeneration selber finanzieren. Für GastroSuisse ist es noch unklar, ob alle Kassen über die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügen. Der Verband verlangt deshalb, dass diese Frage gründlich geprüft wird. Die Kompensation der Übergangsgeneration muss für alle Pensionskassen finanzierbar sein. Ansonsten würde der Verband eine zentrale Lösung mittels BVG-Sicherheitsfonds unterstützen, wie es vom sgv vorgeschlagen wird.